

Thomas Mirow / Hrsg.

Die Deutschen:

Wer wir sind.

Wer wir sein

wollen.

*Berichte zur Lage
der Nation*

MURMANN

Thomas Mirow / Hrsg.

Die Deutschen:

Wer wir sind.

Wer wir sein

wollen.

*Berichte zur Lage
der Nation*

MURMANN

Thomas Mirow (Hrsg.)

Die Deutschen:
Wer wir sind.
Wer wir sein
wollen.

*Berichte zur Lage
der Nation*

MURMANN



Druckprodukt mit finanziellem

Klimabeitrag

ClimatePartner.com/12752-1803-1001

Zum Ausgleich für die entstandene CO₂-Emission bei der Produktion dieses Buches unterstützen wir die Bereitstellung von effizienten Kochöfen in Sambia. Die verbesserten Kochöfen verbrauchen zwei Drittel weniger Brennmaterial und verringern so nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern auch die Rodung der lokalen Wälder. Durch die bessere Luftqualität in den Räumen werden Atemwegserkrankungen verringert, und Familien können Zeit und Geld sparen, da weniger Brennmaterial benötigt wird.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass er, sofern dieses Buch externe Links enthält, diese nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung einsehen konnte. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlages ist daher ausgeschlossen.

Copyright © 2024 Murmann Publishers GmbH, Hamburg

Lektorat: Evelin Schultheiß, Kirchwalsede

Druck und Bindung: Steinmeier GmbH & Co. KG, Deiningen

Printed in Germany

ISBN 978-3-86774-810-0

Besuchen Sie unseren Webshop: www.murmann-verlag.de

Ihre Meinung zu diesem Buch interessiert uns!

Zuschriften bitte an info@murmann-publishers.de

Den Newsletter des Murmann Verlages können Sie anfordern unter newsletter@murmann-publishers.de

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Buch 5

Von Thomas Mirow

Das Ende des Paradieses 13

Von Heinz Bude

The Famous German Easyness – 37

Von Marlene Knobloch

Gibt uns der „Verfassungspatriotismus“ Halt? 65

Von Andreas Voßkuhle

Können die Deutschen „Transformation“? 101

*Das Gespräch mit Verena Pausder und Michael Vassiliadis
führte Martin Klingst*

Deutschlands strategische Optionen 131

Von Marina E. Henke

Wir sind Weltmeister 161

Von Ronald Reng

Wie deutsch sind die Deutschen? 191

Von Serap Güler

Deutschland und das Christentum 211

Von Klaus Mertes

**Über den Herausgeber
und die Autorinnen und Autoren** 237

Zu diesem Buch

Von Thomas Mirow

Wer sind wir? Wer wollen wir sein? Diese Fragen werden in Deutschland gerade wieder oft gestellt – und Antworten fallen so schwer wie lange nicht.

Grundstürzende Ereignisse und Entwicklungen haben auch unsere Gesellschaft in den vergangenen 20 Jahren kräftig durchgeschüttelt: islamistischer Terror und der drohende Zusammenbruch des Weltfinanzsystems, Eurokrise und Inflation, millionenfache Zuwanderung und eine alle Vorstellungen sprengende, weltweite Pandemie, blutige Kriege in der Ukraine wie im Nahen Osten, die Gefährdung der Natur und ein bedrohlich voranschreitender Klimawandel, eine durch künstliche Intelligenz noch einmal stark beschleunigte digitale Transformation, die sich nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern so gut wie alle Lebensbereiche erfasst.

Das – auch nach der Wiedervereinigung – immer wieder erfolgreich erneuerte „Modell Deutschland“ wirkt heute ausgelaugt. Ermutigende, glaubwürdige Zukunftsperspektiven aus Politik und Wirtschaft werden weithin vermisst. Wo, so wird sorgenvoll gefragt, sind die neuen, unseren Wohlstand sichernden Wachstumsmotoren,

die an die Stelle dessen treten könnten, was definitiv verloren scheint: preiswerte Energie aus Russland, liberalisierter Freihandel rund um den Globus, die lange kaum zu stillende Nachfrage nach hochwertigen Industriegütern aus China, eine auf Ingenieurskunst basierende Exzellenz in Maschinen- und Motorenbau?

Damit einher geht die Frage nach dem, was in einer solchen Phase der Umbrüche unsere Gesellschaft zusammenhalten kann. Über Jahrzehnte verlässliche Stabilitätsanker wie die deutschen Volksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, öffentlich-rechtlichen Medien haben an Kraft spürbar verloren, vermögen es immer weniger, breite Bevölkerungsschichten dauerhaft an sich zu binden, verlässliche Orientierung zu bieten. Währenddessen erweisen sich immer wirkmächtigere „soziale Medien“ auch hierzulande zunehmend als das Gegenteil dessen, was der Begriff versprach.

Vermeintliche Gewissheiten des deutschen Selbstbildes erodieren. Einigender, selbstbewusster Stolz auf handfeste Erfolge deutscher Tüchtigkeit, auch auf den gemeinschaftlichen Aufbau eines leistungsfähigen Sozialstaats, zerbröselt. Kaputte Straßen, defekte Brücken, eine marode und unzuverlässige Bahn werden als Zeichen eines allgemeinen Niedergangs wahrgenommen. Grundlegende Zweifel und pauschale Kritik an unserem Gemeinwesen insgesamt sind unüberhörbar.

Verunsicherung und Zukunftsängste, zahlreiche Studien belegen es, nehmen stark zu, gerade auch bei Jüngeren.

Nicht allen ist nach Schwarzmalerei zumute. Die Hitzigkeit und hochgradige Erregung, mit denen gerade auch an wohl situierten, bürgerlichen Tischen über die politische Lage diskutiert wird, kommen manchen Deutschen reichlich überzogen vor. Ihnen ist durchaus bewusst, dass das Schicksal es doch recht gut mit ihnen meint, ihr Land ihnen noch immer viel zu bieten hat und über große Stärken verfügt,

etwa in der beruflichen Bildung oder mit der öffentlichen Forschungsförderung, um die uns andere Länder aus gutem Grund beneiden.

Gibt es also überhaupt ein reales, fassbares „Wir“ in einer so ausdifferenzierten, modernen Gesellschaft wie der deutschen, mit allen ihren Unterschieden – und in Teilen auch Gegensätzen – zwischen Stadt und Land, West und Ost, Jungen und Älteren, Alteingesessenen und Zugewanderten, Gewinnern und Verlierern des globalen Wettbewerbs? Macht also die Suche nach einer „nationalen Identität“ der Deutschen heute, in der Mitte der Zwanzigerjahre des 21. Jahrhunderts, wirklich Sinn, oder sollten wir uns (einstweilen) mit einer wenig gemeinschaftlich organisierten, höchst fluiden, im besten Fall auf wechselseitige Akzeptanz verpflichteten Pluralität zufriedengeben? Sind, so ist in diesem Zusammenhang zu fragen, die historischen Erfahrungen der Deutschen (in West und in Ost) noch prägend genug für ein gemeinsames Selbstverständnis? Reicht der Fundus an verbindenden Werten? Oder lassen sich auch heute die Deutschen einigende Vorstellungen von einer guten Zukunft, für sich wie für das Land, erkennen?

Antworten hierauf sind gewichtig, denn verlässliches politisches Handeln und ein selbstbewusstes Agieren in einer polyzentrischen, wenig geordneten Welt erscheinen ohne ein Mindestmaß an nationaler Identität schwer vorstellbar. Deshalb möchte die Deutsche Nationalstiftung, nicht zuletzt mit der Vorlage dieses neuen Bands der *Berichte zur Lage der Nation*, wie es in ihrer Gründungssatzung heißt, „zu einer nationalen Identität in einem friedlichen, weltoffenen Deutschland beitragen“.

Zu den festen Säulen des deutschen Selbstverständnisses nach 1945 zählte über Jahrzehnte das „Nie wieder“ als zentrale Lehre aus Krieg und Holocaust. Natürlich waren die Vorstellungen von dem, was „nie wieder“ geschehen sollte, durchaus vielfältig, zumal aus west- und aus

ostdeutscher Perspektive. Einiges blieb im Ungefähren – und veränderte sich im Laufe der Jahrzehnte weiter. Immerhin konnten dort, wo freie Wahlen möglich waren, rechtsextreme Parteien lange Zeit nur kurzfristig Erfolge erzielen, um anschließend wieder in der Versenkung zu verschwinden.

Das Tabu hielt viele Jahrzehnte stand.

Heute nicht mehr. Eine rechtspopulistische, partiell gesichert rechtsextreme Partei erzielt nahezu überall beträchtliche Wahlerfolge und hat sich insbesondere im Osten Deutschlands fest etabliert. Nur zu Teilen wird sie aus – möglicherweise vorübergehendem – Protest gegen die „Etablierten“ gewählt. Viele ihrer Anhängerinnen und Anhänger unterstützen aus voller Überzeugung die von ihr vertretenen radikalen, revisionistischen, fremdenfeindlichen und europakritischen Positionen, die sie selbst unter ihresgleichen in der EU weitgehend isolieren.

Schwer Erträgliches ereignete sich auch auf anderem Parkett: Nach dem furchtbaren Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem dadurch ausgelösten Gaza-Krieg wurden auch deutsche Universitäten und ihr Umfeld zum Schauplatz skandalöser antisemitischer Misstöne. Wo Raum gewesen wäre für reflektierte Kritik an der von extremistischen Kräften getragenen Regierung Israels, an ihrem Vorgehen in Gaza, an einer immer zweifelhafteren Siedlungspolitik, wurden plumpe Parolen gerufen. Aggressive „Positionen“ und die fehlende Verantwortlichkeit der zuständigen Instanzen beschädigten wichtige Kulturtreffen unseres Landes. Die von allen demokratischen Kräften gemeinsam getragene und bis dahin nur von rechts außen denunzierte deutsche „Erinnerungskultur“ wurde mit dem schändlichen Hinweis infrage gestellt, das Gedenken an die Shoah und der vorrangige Kampf gegen Antisemitismus seien eine endlich abzuschüttelnde deutsche Marotte.

Ein allumfassendes Bild deutscher Identität ist vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten. Auch unsere Autorinnen und Autoren, aus verschiedenen Generationen stammend und mit höchst unterschiedlicher Expertise ausgestattet, können sich der äußerst komplexen Frage, was heute die deutsche Identität ausmacht, nur tastend nähern.

In seinem einleitenden Beitrag geht *Heinz Bude*, einer der führenden deutschen Soziologen unseres Landes, den gesellschaftlichen Veränderungen in den westlichen Gesellschaften auf den Grund und analysiert die tieferen Ursachen für den weitreichenden Vertrauensverlust in Politik und Wirtschaft. Als Reaktion auf die entstandene Lage empfiehlt er „eine gezielte Beratschlagung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“ zur Erarbeitung eines „Designs von Szenarien über die Rolle von Deutschland als Gesellschaft und Nation in Europa und von Europa als Staatenbund und Wirtschaftsgemeinschaft in der Welt“.

Lange bevor sich die Deutschen in ihren vielen Kleinstaaten 1870 in einem „Reich“ zusammenfanden, definierten sie ihre Identität über die deutsche Kultur und die deutsche Sprache. *Marlene Knobloch*, renommierte Autorin und viel beachtete Stimme aus der „Millennial-Generation“, zeichnet diesen historischen Weg nach und analysiert auf dieser Grundlage Deutschlands „hochempfindliche Beziehung“ zu seiner Sprache heute. Die einzigartige Dichte öffentlicher kultureller Einrichtungen unseres Landes setzt die Autorin auch in Bezug zum Erfolg unserer Demokratie.

Andreas Voßkuhle, langjähriger Präsident des Bundesverfassungsgerichts (und heute Präsident des Senats der Deutschen Nationalstiftung) beleuchtet und bewertet den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ 75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes. Er stellt die Idee des „Verfassungspatriotismus“ auf den Prüfstand und geht der Frage nach, wie sehr uns diese dabei helfen kann, mit den Herausforderungen der

Gegenwart – Migration, Pandemie, Verfassungsfeinde, „Klimakleber“, Krieg – erfolgreich umzugehen und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu fördern.

Können die Deutschen „Transformation“? – hierzu führen *Verena Pausder*, Unternehmerin und Autorin, und *Michael Vassiliadis*, Vorsitzender der weit ausgreifenden Gewerkschaft IGBCE, ein konzentriertes, faktenbasiertes Gespräch (das wir mit einer Reihe aussagestarker Statistiken unterlegt haben). Dabei geht es um die Aktualität deutscher Tugenden (strebsam, penibel und pünktlich) ebenso wie um andere Eigenschaften und strukturelle Voraussetzungen, derer es heute bedarf, um die Wirtschaft in Deutschland neu auszurichten. Defizite unseres Landes werden offen angesprochen, aber beide Diskutanten begründen mit ihren sehr handfesten beruflichen Erfahrungen auch, warum sie auf die Zukunft Deutschlands mit einiger Zuversicht blicken.

Die Berliner Professorin und Sicherheitsexpertin *Marina Henke* unterzieht die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik einer eingehenden Betrachtung. Sie kritisiert, dass Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land des Kontinents über keine konsistente sicherheitspolitische Strategie verfügt, und legt dar, welche – recht unbequemen – Alternativen sich der Bundesrepublik aus ihrer Sicht diesbezüglich bieten. Dabei lässt sie keinen schwierigen Aspekt aus, auch nicht die äußerst komplexe Thematik der nuklearen Verteidigung Europas.

Ronald Reng, Bestsellerautor und Sportjournalist, nimmt sich des Themas Fußball als Element der Identitätsstiftung in Deutschland an. Erfolge wie Krisen des Fußballs waren immer auch ein Spiegelbild unserer Befindlichkeiten als Volk. Der Beitrag spannt deshalb einen weiten Bogen: vom 3:2 gegen Ungarn 1954 über die Niederlage der westdeutschen Mannschaft gegen die der DDR vor dem erneuten Ti-

telgewinn 1974, den Cup-Gewinn der erstmals vereinten deutschen Mannschaft 1990, das „Sommermärchen“ 2006, den neuerlichen Erfolg 2014 bis zur Europameisterschaft in diesem Jahr.

Wie deutsch sind die Deutschen? Mit dieser Frage setzt sich *Serap Güler*, führende Politikerin der CDU, auseinander. Die deutsche Bevölkerung des Jahres 2024 ist stark von Zuwanderung geprägt. So leben unter anderem über fünf Millionen Muslime und Musliminnen heute hier. Wie in nahezu allen westlichen Demokratien ist Migration gegenwärtig das politisch brisanteste Feld grundsätzlicher Debatten und scharfer Auseinandersetzungen – bis hin zu vergiftenden Verschwörungstheorien. Der Beitrag geht der Frage nach, wie gut Deutschland mit den großen Zuwanderungsströmen der vergangenen Jahre tatsächlich zurechtkommt, wo die wirklichen Probleme liegen, wie Integration gefördert werden kann, um weitere Spaltungen zu verhindern.

Klaus Mertes, Jesuit und Autor, schaut auf die Entwicklung des Christentums in unserem Lande. Vereinten die großen Kirchen nach dem Krieg etwa 90 Prozent der Bevölkerung, sind es heute lediglich rund 50 Prozent. Der Missbrauchsskandal in beiden Kirchen hat tiefe Spuren hinterlassen. Der Autor betont dennoch den Stellenwert von Religion als „Solidaritätsressource“ und sieht Religion in Deutschland weiterhin „allgegenwärtig“ und als „Teil unserer Identität“.

So unterschiedlich unsere Autorinnen und Autoren analysieren und argumentieren, eines eint sie: das nüchterne Aufzeigen von Fehlentwicklungen verbunden mit dem entschiedenen Willen, die sich bietenden Chancen für eine gute Zukunft Deutschlands aufzuzeigen. Wenn dies die Debatte in unserem Land ein wenig beeinflussen könnte: Alle Mühe hätte sich gelohnt.

Den Autorinnen und Autoren danke ich herzlich für ihre gehaltvollen Beiträge, Dr. Agata Klaus, der Geschäftsführerin unserer Stiftung, für die intensive Betreuung des gesamten Projekts, unseren Partnern beim Murmann Verlag für die stetige, engagierte verlegerische Unterstützung und ganz besonders Martin Klingst, der auch in diesem Jahr mit seiner gründlichen und dabei stets respektvollen Redaktionstätigkeit wieder maßgeblich zum Entstehen dieses Bandes beigetragen hat.

Das Ende des Paradieses

Wie Deutschland wieder handlungsfähig werden kann

Von Heinz Bude

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2024 hat der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar zu Protokoll gegeben, dass der „unipolare Moment“ in den internationalen Beziehungen vorbei sei. „Schauen Sie“, erklärte er auf Nachfrage, „es gibt etwa 200 Länder auf der Welt. Sie erstrecken sich über sehr unterschiedliche Geografien, sehr unterschiedliche Kulturen. Da kann es doch nicht sein, dass die Gesamtheit der Welt durch die Institutionen und Praktiken des euro-atlantischen Kulturkreises bestimmt wird.“¹

Wir leben ganz offensichtlich nicht mehr in einer Welt nach dem Kalten Krieg, als die USA die einzige Führungsmacht waren und das politische Vorstellungsvermögen sich am „Ende der Geschichte“ wähnte. Ein Dritteljahrhundert nach 1989 sind wir in die Ära neuer Hegemonien, verstärkter globaler Wettbewerbe und anderer Allianzen eingetreten. So zumindest lautet die Behauptung einer selbstbewussten indischen Stimme aus dem globalen Süden. Sie ist Ausdruck eines postkolonialen Bewusstseins, das eine multipolare Weltordnung entstehen sieht, die sich der Dominanz des römischen Rechts, atlan-

tischer Handelswege, deutscher Bildungsromane und US-amerikanischer Digitalherrschaft entwunden hat.

Die Verlierer des jahrhundertelangen kolonialen Zeitalters streben die Rückkehr zu einer früheren Zeit an, als die wichtigsten wirtschaftlichen und kulturellen Zentren der Welt in Asien und davor noch in Lateinamerika und Afrika lagen. Diese Rückkehr wird von den großen Gewinnernationen der vergangenen 30 Jahre, also vor allem von China und Indien, aber ebenso von Vietnam, Indonesien oder Nigeria, als Aufbruch in eine neue Ordnungs- und Staatenwelt begriffen, in der das Reich der Mitte die Vereinigten Staaten von Amerika herausfordert, in der Indien sich als dritte Macht im Bunde sieht, Russland sich als Rächer der Entrechteten anbietet und ein erschrockenes Europa eine Welt ohne Kompass beklagt.²

Aus deutscher Sicht ist damit eine ziemlich entspannte Zeit ohne Inflation, ohne Mission, ohne nennenswerte Arbeitslosigkeit und ohne direkte Kriegsbeteiligung plötzlich zu Ende gegangen. Natürlich gab es markante Brüche und aufwühlende Debatten: etwa über das Massaker von Srebrenica (1995) und Deutschlands erste Kriegsbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg im Kosovo (1999), über die innenpolitisch umstrittene deutsche Nichtbeteiligung am US-amerikanischen Irakkrieg (2003), über die Sorge hinsichtlich des „verbrannten Gelds“ in der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise (2008/2009) und der Staatsschulden in der EU (2011 ff.). Aber auf wundersame Weise kam Deutschland jedes Mal aus diesen sehr unterschiedlichen Krisen und Diskussionen gestärkt hervor.

Jedenfalls bis dahin. Knapp zehn Jahre später, in der Zeit der Pandemie (ab 2020), funktionierte das schon nicht mehr so gut. Der politische Streit spitzte sich zu, wurde immer polarisierter und unversöhnlicher und drohte in der Debatte über die richtige Klimapolitik und die angemessenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pan-

demie auf einmal die deutsche Demokratie von innen heraus zu bedrohen. Seither wird immer öfter infrage gestellt, wie zukunftsfähig die deutsche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft noch sind. Mit Wehmut denkt man an ein vergangenes politisches Paradies zurück, als dank mutiger Entscheidungen der Staatsspitze und breiter kollektiver Zustimmung der Bevölkerung die Dinge am Ende doch immer wieder ins Lot gebracht wurden.

Zunehmend wird infrage gestellt, ob und wie zukunftsfähig die deutsche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft noch sind.

Doch heute ist die politische Stimmung derartig gereizt, dass man auf einer lockeren Party oder bei einer Einladung zum Essen darauf gefasst sein muss, dass sogar Freundinnen und gute Bekannte bei bestimmten Themen plötzlich aufeinander losgehen. Die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser³ sprechen hier von „Triggerpunkten“ in Situationen, in denen man sich über die Lage des Landes verständigt. Anders als man vielleicht auf den ersten Blick vermuten würde, sorgt nicht das Thema „Arm und Reich“ für Aufregung. Selbst die „kleinen Leute“, die wenig verdienen und nichts auf der hohen Kante haben, teilen ein meritokratisches Grundverständnis, wonach eine gute Leistung ein hohes Einkommen rechtfertigt. Arme und Reiche sind sich sogar darüber einig, dass man sich verdienen muss, was man verdient.

Was ein politisches Publikum jedoch in Wallung versetzt, sind die Themen Zuwanderung, Zugehörigkeit und Zukunft. Wer darf nach welchen Kriterien ins Land kommen, und wen muss man aufgrund welcher Tatbestände auch wieder loswerden können? Welche Stellung kommt mir und meinesgleichen im „gedachten Ganzen“ unseres Gemeinwesens zu? Wer darf sich aufgrund welcher Befugnis anmaßen,

ein Bild unserer gemeinsamen Zukunft zu zeichnen? Bei diesen Fragen zeigt sich ein großer Argwohn gegenüber einer als selbstbezogen wahrgenommenen Elite, die sich nicht darum schert, wer ins Land kommt, der es völlig gleichgültig ist, was die Mehrheit der Leute denkt und fühlt, und die die Zukunft in erster Linie nach den Vorstellungen ihrer eigenen Zukunft vermisst.

So manche Leserbriefe, Kommentare in den sozialen Medien oder Meldungen auf Onlineplattformen legen den Schluss nahe, dass den Leuten ein Verständnis dafür abhandengekommen ist, dass es unlösbare Probleme gibt, mit denen man trotzdem zurande kommen muss; dass es zum Leben gehört, immer wieder auf ärgerliche Tatsachen zu stoßen, die sich nicht wegreden lassen; und dass ständig neue Herausforderungen entstehen, denen sich eine Gesellschaft stellen muss und die sich nur mit gemeinsamen Anstrengungen lösen lassen. Wir scheinen in finsternen Zeiten zu leben, in denen viele Menschen sich in ihre „kleinen Lebenswelten“ zurückziehen und zugleich den Anspruch erheben, dort vom Staat geschützt zu werden. Man grollt über „die da oben“, ereifert sich über das „angemaßte Wissen“ der Wissenschaft und beschwert sich über die „maßlosen Ansprüche“ der Zuwandernden.

Anscheinend wissen die Leute einfach nicht, wo und wie sie ihre Talente, Energien und Kompetenzen einbringen können, damit sich unser Land in Zukunft behaupten und bewähren kann.

Dieses Gefühl des Verlustes kollektiver Handlungsfähigkeit verfestigt sich ausgerechnet in einem Moment, da einige ehemalige Entwicklungsländer in die Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften aufrücken und selbstbewusst ihren Anspruch auf eine gleichberechtigte Teilhabe an Reichtum und Macht geltend machen. Und für uns Deut-

sche und Europäer geschieht dies zudem in einem Augenblick, da unser Kontinent 2030 womöglich nur noch acht Prozent der Weltbevölkerung stellen und Deutschland seinen Rang als weltweit viertgrößte Volkswirtschaft möglicherweise verlieren wird.

Verschließen die Menschen in Deutschland davor die Augen? Oder wissen sie einfach nicht, wo und wie sie ihre Talente, Energien und Kompetenzen so entwickeln und einbringen können, damit sich unser Land auch nach dem Ende des Paradieses in Zukunft behaupten und bewähren kann?

Um diese Frage zu beantworten, muss ich zunächst das Verständnis von Politik klären, das den Rahmen der Debatte über unsere Gegenwart und Zukunft bildet. Da zeigt sich nämlich, dass heute ganz anders über Politik geredet und nachgedacht wird als noch in den Jahren nach der Abdankung der Sowjetunion oder dem Crash der globalen Finanzmärkte. Nach dieser Klärung werde ich die Konfrontation zwischen zwei großen politischen Projekten beleuchten: dem ökonomizipativen und dem nationalkapitalistischen Projekt. Und schließlich werde ich anhand der Unterscheidung zwischen Technologien, Institutionen und Ontologien die Chancen eines dezentrierten Europas mit komplexen Industrien, erweiterten Bürgerrechten und dem Rätsel des Ichs in einer multipolaren Welt abschätzen.

Zunächst jedoch zur Art heutiger Politikdebatten. Der belgische Ideenhistoriker Anton Jäger hat in einer Rekonstruktion der beherrschenden politischen Diskurse seit 1989 darlegt⁴, wie einer postpolitischen Enttäuschung eine Welle antipolitischen Engagements folgte. Konkret: Am Anfang stand in Ost und West die Freude über den Untergang der Sowjetunion als einem eingerosteten Herrschaftsapparat und imperialistischen Block. Doch die Begeisterung über die Entfesselung der menschlichen Kräfte und die Selbstregierung der unterdrückten Völker wich alsbald einem Phantomschmerz über das

Fehlen einer Alternative zum westlichen Mix aus kapitalistischer Wirtschaft, parlamentarischer Konkurrenzdemokratie, ausgleichendem Wohlfahrtsstaat und schaumigem Massenkonsum.

In den „Roaring Nineties“ (Joseph Stiglitz) wurde im Osten wie im Westen Joseph Schumpeter als Klassiker einer Ökonomie der Innovation wiederentdeckt. Das Stichwort der „schöpferischen Zerstörung“ machte die Runde in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Danach lebt der Wandel von der Energie Einzelner, die die eingefahrenen Bahnen der wirtschaftlichen und sozialen Reproduktion dank der Imagination neuer Zukünfte durchbrechen. In der Zeit zwischen dem Fall der Mauer (1989) und dem Terrorangriff auf die Twin Towers in New York (2001) traten die zwischen 1958 und 1968 geborenen Boomer aus dem Schatten der zwischen 1938 und 1948 geborenen Achtundsechziger und veränderten als eine Generation von Garagenunternehmern, Investmentbankern und Biotechnologinnen mithilfe von Praktiken des Andersmachens, Rekombinierens und Wiederverwendens und mit Unternehmen wie Microsoft, Apple, Amazon und Google tatsächlich die Welt.

Doch inmitten dieses Aufbruchs sah es mit einem Mal so aus, als geriete der „demokratische Kapitalismus“ (Wolfgang Streeck) infolge einer politisch gewollten Deregulierung der globalen Finanzmärkte in die Hände von Großkonzernen und Großbanken. Die Varianten des angelsächsischen, skandinavischen oder rheinischen Kapitalismus wirkten nur noch als Oberflächenerscheinungen eines Kapitalismus ohne Grenzen. Hatte Marx mit seiner Idee eines sich selbst verabsolutierenden Kapitals⁵ nicht letztlich Recht?

Mit dem Begriff des Finanzmarktkapitalismus wurde ein System der Erzeugung von Geld durch Geld als Form der Selbstvermehrung des Kapitals gekennzeichnet. Geld ist dann weder Wertmaßstab noch Wertspeicher, noch ist es als Transaktionsmedium richtig begriffen.

Geld, besagt eine vom Phänomen des Kredits ausgehende Geldtheorie, ist im Kern Ausdruck eines Rückzahlungsversprechens, das selbst wieder mithilfe von mathematischen Konstrukten wie „Futures“ oder „Derivaten“ gehandelt werden kann. Im Zentrum des Kapitalismus, so konnte man von Schumpeter lernen, steht der Unternehmer als typischer Schuldner, der mit nicht selten waghalsigen Versprechen entweder Geld verpulvert oder unglaubliche Pioniergewinne macht.⁶

Diese Rückführung des Kapitalismus auf sein inneres Gesetz wurde als entpolitisierende „Postpolitik“ beklagt⁷ oder als „kapitalistischer Realismus“⁸ hingenommen. Als Ausweg hob man gewissermaßen – in Wiederverwendung der aus den 1970er-Jahren stammenden Formel vom Persönlichen, das politisch ist – auf eine Politik in der ersten Person ab. Sie macht das Unheimliche und Unmögliche der kapitalistischen Gegenwart zum Gegenstand von Politik. Was hieß das? Nicht in großen politischen Gesten, sondern in einer Politik alltäglicher persönlicher Empfindungen und emotionaler Ansprachen sah man die passende und authentische Antwort auf die Erfahrung, dass eher die Welt untergeht, bevor der Kapitalismus abgeschafft wird.

Mit dem US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, dem britischen Premier Tony Blair und dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder feierte die Sozialdemokratie in diesen Zeiten des erneuerten Kapitalismus viele Wahlerfolge. Doch hatte diese Politik eines „Dritten Wegs“ mit der klassischen Sozialdemokratie als „Schutzmacht der kleinen Leute“ so gut wie nichts mehr zu tun. Es wurde eine „neue Mitte“ ausgerufen, die sich eines völlig neuen Vokabulars, geprägt von Begriffen wie „Beschäftigungsfähigkeit“, „best practices“ oder der „Stärke schwacher Bindungen“ bediente. Die hergebrachte pastorale Sorge von der Wiege bis zum Sarg wurde im Zeichen eines neuen Wohlfahrtsstaats durch ein Regime der Selbstverantwortung und der Selbstsorge ersetzt. Die Sozialdemokratie